

## **Medien als ‚Agenturen der Dekadenz‘ und als Kampfplatz für ›deutsche Interessen‹**

Mit der Niederlage des Nationalsozialismus und der folgenden Übernahme der legislativen, exekutiven und justiziellen Gewalt durch die Alliierten des Zweiten Weltkrieges waren auch die Propagandaeinrichtungen der nationalsozialistischen Diktatur um ihre Wirkungsmacht gebracht worden. Während sich Reichspropagandaminister Joseph Goebbels am 1. Mai 1945 selbst tötete, suchten zahlreiche Journalisten und andere Medienschaffende auch unter geänderten Rahmenbedingungen ihre berufliche Tätigkeit fortzusetzen. Vielen von ihnen gelang dies trotz des alliierten Lizenzierungssystems und ohne dass eine breitere Öffentlichkeit hiervon kritisch Notiz nahm (Köhler 1995; Köpf 1995; Tolsdorff 2014). In einigen Fällen – etwa bei Veit Harlan, dem Regisseur des antisemitischen Hetzfilms „Jud Süß“, oder beim Fernsehjournalisten Werner Höfer (Lambart 1988; Geisler 2003) – reichte es zu einer – freilich manches Mal späten – öffentlichen Skandalisierung.

Der Wegfall des Lizenzierungszwanges für Printmedien im Oktober 1949 (Liedtke 1982) brachte für diejenigen, die an völkischen und autoritären Gemeinschaftsvorstellungen festhielten und demokratische Gleichheitsvorstellungen ablehnten, neue Rahmenbedingungen, aber auch neue Spielräume mit sich. Unter Berufung auf die im Grundgesetz verankerte Meinungs- und Pressefreiheit entwickelte sich rasch ein vielfältiges Angebot an Verlags- und Presseerzeugnissen der sich wieder formierenden extremen Rechten (Brüdigam 1965), das es mit seinen Büchern, Zeitungen und Zeitschriften zu zeitweise beträchtlichen Auflagen brachte. Auch mancher, der aufgrund der von den Spruchkammern verhängten Berufsverbote zunächst unter Pseudonym publiziert hatte, wie etwa der einstige stellvertretende Reichspressechef der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP), Helmut Sündermann, veröffentlichte seine Texte nun wieder unter dem eigenen Namen. Andere nutzten im Ausland erscheinende Zeitschriften zur Verbreitung nationalsozialistischer Ideologie (Meding 1997). Dabei zieht sich durch die Selbstwahrnehmung der extremen Rechten (zur Definition Jaschke 1994, S. 31) bis heute das Bild einer stets und systematisch verfolgten Minderheit, deren Möglichkeiten zur Verbreitung der eigenen Weltansicht durch Indizierungen, Beschlagnahmen und Strafverfahren unzulässig eingeschränkt worden seien.

In den Beschreibungen der Medienlandschaft durch die extreme Rechte dominieren entsprechend Wahrnehmungen, die für die Bundesrepublik Deutschland eine weitgehende, quasi-diktatorische Steuerung der Berichterstattung behaupten, so dass Beiträge, die „sich einer spezifisch deutschen Problematik unter deutschen Gesichtspunkten öffnen“ (Molau 1995, S. 10), kaum zu finden seien und die liberale Presse „Totengräberarbeit am deutschen Volk“ (o.V. 2006b) betreibe. Wenn aber aus Sicht der großen Mehrheit der extremen Rechten „in der modernen Kommunikationsgesellschaft die politische Auseinandersetzung weitgehend über die Medien erfolgt“ und daher „hier der Schlüssel zur Macht“ (Gerber 1999, S. 48) liege, ist danach zu fragen, mit welchen Strategien und Projekten der extremen Rechten zuzurechnende Akteur/innen im Feld der Medien auftraten und welche Veränderungsoptionen sie damit verbanden – jenseits einer jede substantielle Analyse erübrigenden Beschwörung „historischer Gewissheiten“: „Tröstlich ist dabei eigentlich nur die geschichtliche Erfahrung: Immer waren die Medien auf Seiten der Herrschenden. Zu Kaisers Zeiten, in der Weimarer Republik, im Dritten Reich, in der DDR – und das jeweils bis zum letzten Tag. Dennoch brachen die Regime zusammen (...). Die Medien sind mächtig, aber nicht allmächtig“ (Gerber 1999, S. 50).

Solcher politischen Bewertung und Bedeutungszuschreibung entsprechend hat die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland verschiedene Strategien entwickelt, um medial Einfluss zu gewinnen und mit ihren Deutungsangeboten aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen (Teil)Öffentlichkeiten zu erreichen. Hierzu zählten insbesondere

- Versuche, journalistisches Personal in den etablierten Medien unterzubringen, um auf diesem Wege eine aus ihrer Sicht angemessene Darstellung politischer Positionen, Vorgänge und Personen zu erreichen;
- Ansätze, ein professionalisiertes Medienhandeln zu entwickeln, das die Chancen auf Berücksichtigung in den etablierten Medien erhöht, z.B. durch die Benennung von Pressesprechern, die regelmäßige Distribution von Pressemitteilungen und Stellungnahmen oder durch die Produktion von berichtenswerten Ereignissen;
- Projekte der Etablierung eigener Medienprodukte, um mittels einer solchen Gegenöffentlichkeit nicht nur die bereits existierende Anhängerschaft zu erreichen, sondern auch neue Publika zu erschließen;
- Praxen der Verweigerung gegenüber den als „Systemmedien“ oder „Lügenpresse“ angefeindeten Akteuren und Fokussierung auf die Produktion eigener Medien, die weitgehend exklusiv auf die eigene Gefolgschaft zielen.

Als zusätzliche Handlungsoption sehen Teile der extremen Rechten die Möglichkeit an, Zeitungen und Rundfunkanstalten durch gezielte und abgestimmte Kampagnen unter Druck zu setzen. Entsprechend publizierten die Wochenzei-

tungen aus dem DSZ-Verlag (Druckschriften- und Zeitungsverlags GmbH) regelmäßig die Postanschriften der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten und forderten die Lesenden zu Zuschriften auf (vgl. etwa National-Zeitung 20/1995 vom 12. Mai 1995, S. 10). Insbesondere im offen neonazistischen Spektrum ist zudem nicht erst seit der Wiederentdeckung des denunziatorischen Begriffs der ›Lügenpresse‹ Mitte der 2010er Jahre eine Sichtweise verbreitet, in der „Medienmacher(n)“ als „Haupttäter des menschenverachtenden Regimes“ (Wuttke 2006, S. 6) bezeichnet werden. Dies hat zu Demonstrationen vor Verlagsgebäuden, beispielsweise vor der Hamburger Morgenpost im September 2000, sowie zu Drohungen und Gewalttaten mit dem Ziel der Einschüchterung von Journalist/innen geführt, so etwa bei der Lausitzer Rundschau (Speit 2007; Jansen 2015). Anlässlich der Ausstrahlung der vierteiligen US-amerikanischen Fernsehserie „Holocaust – Die Geschichte der Familie Weiss“ zündeten Neonazis am Abend des 18. Januar 1979 Sprengsätze am Sendemast des Senders Koblenz (ARD) und am Longinusturm des Senders Nottuln, wodurch etwa einhunderttausend Fernsehgeräte ohne Empfang blieben.

Mit dem Auftreten beziehungsweise der Durchsetzung neuer Medientechnologien und darauf basierender Medienangebote ergaben sich potentiell neue Möglichkeiten des Medienhandelns auch für Akteur/innen der extrem Rechten. Hatte der Rundfunk in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts bereits seine gesellschaftliche Bedeutung und Wirkmächtigkeit unter Beweis gestellt, so setzte sich im Verlauf der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts das Fernsehen endgültig durch; andere Technologien, wie etwa Videokassetten oder das Internet, traten erstmals auf. Entsprechende Entwicklungen wurden seitens der extremen Rechten aufmerksam verfolgt und die Möglichkeiten ihrer Nutzung gegen die ihnen jeweils zugeschriebenen negativen Eigenschaften abgewogen. Insofern blieb die Bewertung vielfach ambivalent.

### *Printmedien*

Hinsichtlich des Buchmarktes als bedeutsamem Teil der Kulturproduktion hat die extreme Rechte verschiedentlich die Frankfurter Buchmesse und Bestsellerlisten zum Gradmesser der politischen Verhältnisse gemacht, war doch beispielsweise 1955 der extrem rechte Plesse-Verlag durch „Selbsthilfe“ von Verlegern und Buchhändlern von der Buchmesse ausgeschlossen worden (Jenke 1961, S. 342). Dem Druffel-Verlag war vom Börsenverein des Deutschen Buchhandels 1958 mitgeteilt worden, seine Anwesenheit dort sei unerwünscht (Brüdigam 1965, S. 61). Anlässlich der Frankfurter Buchmesse 1964 wurde mit Blick auf die „Welt des Buches“ betont, dass diese – anders als Rundfunk, Fernsehen und Film – noch nicht „konformistisch und monopolistisch verödet(t)“ (Steinberg 1964) sei, sondern eine „begrenzte, aber um so aktiver und

tüchtiger um ihr Lebensrecht kämpfende Verlegerschaft“ aufweise, die sich um die Verbreitung von Büchern Rosenbergs, Ribbentrops, Rudels und Skorzenys bemühe. 1977 wurde dabei mit Blick auf die erheblichen Auflagen, die Bücher wie „Illustrierte Geschichte des Zweiten Weltkrieges“ oder „Illustrierte Geschichte des Dritten Reiches“ (Zentner 1964 bzw. 1965) insbesondere in den 1970er Jahren erreichten (Mannzmann 1979; Friedländer 1999), das gestiegene Interesse an solchen Schriften auch seitens der extremen Rechten als Ausdruck einer Tendenzwende interpretiert, die in Reaktion auf die 68er-Bewegung verdeutliche, dass „die Deutschen wieder ihrer selbst gewiß werden wollen, daß sie ihre nationale Identität neu zu gewinnen trachten“ (Zeller 1977, S. 26). Die Strukturen der Buchproduktion und -distribution wurden hingegen Mitte der 1980er Jahre beklagt: Vornehmlich die „großen Buchfabriken“ (Aschauer 1985, S. 10) profitierten von den Literaturempfehlungen im Fernsehen; Bestsellerlisten basierten auf systematischen Werbekampagnen, würden „angeführt entweder von amerikanischen oder von amerikanisierten Autoren“ und dienten den einflussreich gewordenen Verlagslektoren zur Disziplinierung der Autoren. Diese „Amerikanisierung unserer Literatur“ mache „Literatur, deutsche Literatur“ unsichtbar (ebd., S. 13). Schließlich wurde wiederholt die Möglichkeit extrem rechter Verlage, ihre Buchproduktion auch im Rahmen von Buchmessen vorstellen oder im „Börsenblatt“, dem Organ des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels, annoncieren zu können, zum Gradmesser politischer und geistiger Freiheit erklärt (GfP 1986a; o.V. 2006a). Mit der Präsentation im Rahmen der Leipziger Buchmesse nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten sei – so eine zeitgenössische Stellungnahme des Grabert- und Hohenrain-Verlages – „vielen Besuchern aus Mitteldeutschland de(r) Weg zu einem freiheitlichen Titelangebot“ (o.V. 2008a) geboten worden.

In der Retrospektive sehen Vertreter der extremen Rechten profilierte Journalisten mit von ihnen als konservativ markierten Positionen noch bis in die 1960er Jahre in den etablierten Printmedien. Sander (1985, S. 5) nannte entsprechend Paul Sethe und Hans Zehrer, der in der Weimarer Republik die der sogenannten Konservativen Revolution nahestehende Zeitschrift „Die Tat“ herausgegeben hatte. Insbesondere die Tageszeitung „Die Welt“ versammelte zeitweise ausgewiesene Exponenten eines nationalkonservativen Journalismus, zu denen neben den bereits Genannten auch Armin Mohler, William S. Schlamm, Hans-Georg von Studitz und Winfried Martini gehörten, und attackierte – zeitweise nicht selten in einem von der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) kaum unterscheidbaren Ton – linksliberale Medien und Journalisten (Doering-Manteuffel 1999, S. 124). Spätere Liberalisierungstendenzen bei dem mit dem Springer-Konzern verbundenen Blatt wurden kritisch kommentiert (Thaler 2006) bzw. im Grundsatz die Fortsetzung der „antideutsche(n) Politik der Lizenzgeber“ (Sendbühler 1983, S. 56) behauptet. Über die „Süddeut-

sche Zeitung“ hieß es, sie sei eher „Propagandaorgan“ denn liberale Zeitung (Muller 1970); die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ werde „fälschlicherweise oft als konservatives Medium betitelt“, obwohl sie „sich mittlerweile dem Einheitsbrei der medialen Öffentlichkeit angepaßt“ (Stein 2013, S. 32) habe. Dem Wochenmagazin „Der Spiegel“ und seinem Gründer bzw. langjährigen Herausgeber Rudolf Augstein wurden Opportunismus gegenüber den Alliierten attestiert, der mit dem Eintritt in die „neudeutsche Geldaristokratie“ belohnt worden sei (Bayer 1970). Das beim „Spiegel“ im Laufe der Jahre aufgebaute Archiv sei die „Hauptwaffe in der Hand Augsteins“ und mache ihn zu einem innenpolitischen Machtfaktor (ebd.). Augstein wurde zu den „Hauptverursachern des anti-deutschen Geschichtsbildes“ (Schönhuber 2006, S. 68) gezählt. Ein früher Versuch, die hervorgehobene Stellung des „Spiegel“ zu brechen, sei angeblich daran gescheitert, dass „Industrielle ihre ursprünglichen Finanzierungszusagen kurzfristig wieder zurückzogen. Grund: Angst vor ‚Spiegel‘-Dossiers.“ (Bayer 1970). Die Etablierung des „Focus“ als wöchentliches Konkurrenzblatt im Januar 1993 wurde zunächst wohlwollend beobachtet (Hartmann 2013). Angesichts sinkender Anzeigenerlöse und Auflage empfahl man in der nationalkonservativen Wochenzeitung „Junge Freiheit“ der Redaktion des Magazins später, wieder stärker auf Berichterstattung zu setzen, die „quer zur politischen Korrektheit“ (Berthold 2013) liegt.

Beklagt wurden wiederholt medienpolitische Forderungen der Gewerkschaften und die Beteiligung der SPD an einer Reihe von Tageszeitungen. Letztere sind in der Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH (DDVG) zusammengeschlossen; die Gesamtauflage der Tageszeitungen, an denen die sozialdemokratische Partei beteiligt ist, beträgt wenige Prozent der Gesamtauflage aller Tageszeitungen in Deutschland. Zwar wurde mit der Überschrift „Die roten Pressezaren“ (Berthold 2012) zuweilen suggeriert, die SPD herrsche damit machtvoll über ein Medienimperium, doch die Kapitalbeteiligungen scheinen die behauptete Wirkung zugunsten der SPD nicht herbeizuführen. Obwohl die SPD über die DDVG an den drei in Dresden erscheinenden Tageszeitungen beteiligt sei, erreichte sie – so der Kommentar in einem rechtskonservativen Wochenblatt „(b)ei der vergangenen Kommunalwahl (...) in Dresden läppische 12,25 Prozent“ (Berthold 2012).

Anlässlich des Streiks der Industriegewerkschaft Druck und Papier (IG DruPa) im Jahr 1976 wurde in der neofaschistischen Monatsschrift „Nation Europa“ nicht nur das „private Verlegertum als letzte Bastion einer freien Meinungsbildung“ (Brunner 1977, S. 5) beschworen, sondern auch die beim Gewerkschaftstag beschlossenen Anträge zur Begrenzung verlegerischer Marktmacht als „totale Unterwerfung der freien Presse unter gewerkschaftlichen Einfluß“ (ebd., S. 6) bezeichnet. Als Fernziel verhorreszierte das Blatt die „Umwandlung der Zeitungs- und Zeitschriftenverlage in öffentlich-rechtliche Unter-

nehmen“, in denen – wie „tagtäglich in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten demonstriert“ – die „Meinungsvielfalt längst durch eine einseitige politische Indoktrination abgelöst worden“ (ebd., S. 7) sei.

Zwar will man auch die Verleger, bei denen sich der lediglich dem Gewinnstreben verpflichtete Manager gegenüber dem „verantwortungsbewußten Herausgeber“ (ebd., S. 8) durchgesetzt habe, nicht von der Verantwortung dafür freisprechen, dass „sich in unserem Volk (...) ein gesundes Nationalgefühl und -bewußtsein“ nicht entwickelt habe, doch als Hauptverantwortliche werden die politische und gewerkschaftliche Linke, die USA und von einigen Publikationen der extremen Rechten explizit oder mittels Anspielungen das Judentum ausgemacht (vgl. NPD-KV Neu-Ulm 2009, S. 14-15; Richter 2007; Sendbühler 1983). In offen antisemitischer Semantik wurde in der NPD-Parteizeitung die Wochenzeitung „Die Zeit“ im Zusammenhang mit Helmut Schmidts zeitweiser Mitherausgeberschaft darüber charakterisiert, dass dessen jüdischer Großvater großen Einfluss auf diesen gehabt habe. Auch dort, wo Konzentrationsprozesse im Medienbereich kritisiert werden, wird diskursiv ein Zusammenhang zwischen ökonomischen Interessen, angeblicher „Deutschenfeindlichkeit“ und Nähe zum Judentum hergestellt (Wetzel 2006; o.V. 2007). Der langjährige Vorsitzende der Partei Die Republikaner, Franz Schönhuber, warf dem Journalismus in der Bundesrepublik Deutschland vor, dass er sich mehrheitlich zum „Erfüllungsgehilfen alttestamentarischer Unversöhnlichkeit“ (Schönhuber 2006, S. 19) mache und dabei all das als gut befände, „was dem deutschen Volk schadet“ (ebd., S. 31).

Über die Charakterisierung einzelner Printmedien hinaus wird die vielfach thematisierte „Krise der Zeitungen“ (vgl. beispielsweise Mast/Spachmann 2003; Bartelt-Kircher et al. 2010) darauf zurückgeführt, dass dort nur noch eine linke Einheitsmeinung zu finden sei; in der jungkonservativen „Jungen Freiheit“ wurde entsprechend Roland Tichy als Chefredakteur der „Wirtschaftswoche“ mit dem Statement zitiert, dass „zu viele deutsche Medien (...) zu rot-grünen Umerziehungslagern verkommen“ (Rosen 2012) seien; statt aufklärender Berichterstattung dominierten „(m)oralische Keule und Indoktrination“ (ebd.). Auch die Einstellung der „Financial Times Deutschland“ sei ein weiteres solches Symptom, denn mit einem Blatt, das die Occupy-Bewegung hochstilisiere, Sichtweisen unternehmensnaher Institutionen hingegen selten abbilde, sei konsequent am Publikum vorbei produziert worden (Brandstetter 2012). Die Zukunft des Journalismus sieht Dieter Stein als Chefredakteur der „Jungen Freiheit“ denn auch in einer Berichterstattung jenseits des behaupteten „medialen Einheitsbrei(s)“ in Abgrenzung zu „gesellschaftsverändernden Experimenten wie der Masseneinwanderung, der sogenannten Energiewende oder feministischen Umerziehungsmaßnahmen und Quotenirrsinn“ (Stein 2012). Der NPD-Autor Jürgen Gansel kann der sinkenden Nutzung von Zeitung als Informati-

ons- und Meinungsträgerin auch Gutes abgewinnen, denn „die Reichweite und damit die Propagandawirkung der Systempresse läßt in der jungen Generation immens nach“ (Gansel 2008).

### *Rundfunk und Fernsehen*

Mit dem Bedeutungszuwachs des Fernsehens in der Bundesrepublik Deutschland in den 1960er Jahren (Hickethier 1998, S. 168-199; Dussel 2000) wurde auch dessen Informations- und Bildungsauftrag stärker akzentuiert, was u.a. politische Magazinformaten wie „Panorama“ (1961), „Monitor“ (1965) und „Kontraste“ (1968) hervorbrachte. Dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk steht die extreme Rechte seit vielen Jahrzehnten kritisch bis feindlich gegenüber. Bereits in den späten 1960er Jahren wandte sich die NPD gegen eine Erhöhung der Rundfunkgebühren; zur Begründung führte sie an, dass „durch Weglassen von Meldungen und ungerechtfertigte Bevorzugung linksgedrallter Kommentatoren“ ein Missbrauch der „Monopolstellung“ stattfände (o.V. 1969). Mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk sei eine „Meinungsdiktatur“ entstanden, die „der ‚Meinungsführung‘ in traditionellen Diktaturen weitgehend verwandt“ (Hahn-Butry 1967) sei; wohl „kaum ein Tag (vergehe, Anm. F. V.), an dem keine inländerfeindliche Sendung ausgestrahlt“ (Sendbühler 1984, S. 66) werde.

Einzelne Journalisten wurden als „Meister der Hetze“ (Jäde 1970), so die Bildunterschrift zum langjährigen NDR-Chefredakteur Peter Merseburger, und „linksradikale Geiferer“ (Pöhlmann 1969) diffamiert. Um solchen „Vertretern der absoluten, aber falschverstandenen Freiheit in den Rundfunkanstalten Einhalt zu gebieten“, müsse dringend gehandelt werden. Entsprechend wurde die Absetzung von Sendungen gefordert, die man als „üble anti-deutsche Agit-Prop-Schnulze“ bezeichnete (Mühlen 1967).

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom 28. Februar 1961 erklärte die seit Ende der 1950er Jahre von der Adenauer-Regierung vorangetriebene Gründung eines vom Bund kontrollierten zweiten bundesweiten Fernsehprogramms (Freies Fernsehen GmbH) für verfassungswidrig und unterstrich angesichts der eminenten Bedeutung des Mediums Rundfunk für die öffentliche Meinungsbildung, dass dieses weder dem Staat noch einer gesellschaftlichen Gruppe ausgeliefert werden dürfe. Die Konsequenzen dieses Urteils wurden in der extremen Rechten durchaus unterschiedlich bewertet. Einerseits wurde angesichts der insbesondere dem Medium Fernsehen zugeschriebenen Macht die „staatsfremde Haltung“ des Gerichtes beklagt und – getrieben von einer dem politischen Liberalismus ablehnend gegenüberstehenden Grundhaltung – eine stärkere Staatsaufsicht gefordert, die dann aber auch „die Pflicht (habe, Anm. F. V.), davon einen angemessenen Gebrauch zu machen“ (Jäde 1970; ähnlich Hahn-Butry schon 1967). Andererseits wurden im Verlaufe der 1960er Jahre



zwei vom Gericht formulierte Einschränkungen für eine signifikante Erhöhung der Zahl der Rundfunkanbieter – hoher finanzieller Aufwand und die begrenzte Zahl terrestrischer Frequenzen – als überholt angesehen. Von einem privatwirtschaftlich bzw. kommerziell betriebenen Rundfunk erhoffte man sich aufgrund der entstehenden Konkurrenzsituation daher seitens der NPD Druck auf die „bisherigen Diktatoren in Funk und Fernsehen“ (Ross 1967). Schließlich wurde mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 16. Juni 1981 zur Zulässigkeit privaten Rundfunks (sog. 3. Rundfunk-Urteil) der Weg für entsprechende Gründungen freigemacht; Anfang Januar 1984 nahmen die Unternehmen PKS (Vorläufer von Sat.1) und RTL plus (heute: RTL Television) ihren Sendebetrieb auf.

Eine aus Anlass des 30-jährigen RTL-Bestehens in der extrem rechten Monatszeitschrift „Zuerst!“ veröffentlichte Bilanz bescheinigte dem Sender zwar „echte Pionierqualitäten“ im Wettbewerb gegen eine „übermächtige Konkurrenz“ (Hartmann 2014a, S. 73), verwies zugleich jedoch auf einen von RTL mitbegründeten und in der Übernahme von US-Formaten zum Ausdruck kommenden Kulturwandel, der in die „Niederungen der anspruchslosen Unterhaltung“ geführt habe (ebd.). Allerdings sei bei RTL noch eher als bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanbietern „eine Reportage über Ausländerkriminalität“ (ebd., S. 74) zu erwarten. Die Mitte der 1980er Jahre seitens der extremen Rechten vereinzelt formulierte Erwartung, das öffentlich-rechtliche System gehe absehbar seinem Ende entgegen (Sendbühler 1984, S. 67), bewahrheitete sich nicht.

Zwischenzeitlich hatte die extreme Rechte auch die Einführung von Videorecordern bzw. des Kassettenfernsehens, von Videotext und Bildschirmtext (BTX) sowie des Kabel-Fernsehens hinsichtlich der gesellschaftlichen Auswirkungen sowie der erwarteten Vor- und Nachteile für die eigenen Zielsetzungen abgeklopft. Während mancher mittelfristig auf eine „BTX-Beteiligung als Möglichkeit zu schlagartiger und bundesweit verbreiteter Information“ (Heck 1984, S. 88f.) setzte, herrschte bei anderen angesichts der gegenüber dem Fernsehen niedrigen Zahl an Rezipient/innen und der ebenfalls über diesen Dienst zu erwartenden Verbreitung der „Erzeugnisse der Lizenzpresse“ (Sendbühler 1984, S. 67) erhebliche Skepsis.

Bezüglich der zunehmenden Zahl der kabel- und satellitengestützten TV-Programme hielt man einen „Offenbarungseid mangelnder Kreativität und fehlenden Talents“ deutschsprachiger Produktion und damit eine Steigerung der Abhängigkeit von ausländischen Angeboten, ja sogar Kapitalbeteiligungen an bis dato deutschen Medienunternehmen für wahrscheinlich: „Die Meinungsdictatur eines Großen Bruders eigener Nationalität ist schon schlimm genug; ein Big Brother mit fremdem Paß und ausländischer Währung wäre letzter und höchster Ausdruck der Kolonisation“ (Hansen 1984, S. 11). Zugleich wurde be-



fürchtet, dass eine Ausweitung des Kabelfernsehens zu einer „medientechnischen Vertiefung der deutschen Teilung“ (ebd.) führen werde, da die entsprechenden Angebote in der DDR nicht verfügbar gemacht würden (Heck 1984, S. 78).

Dem öffentlich-rechtlichen Rundfunksystem steht die extreme Rechte bis heute ablehnend gegenüber und nutzt dabei insbesondere die GEZ-Gebühr bzw. Rundfunkabgabe als Argumentationsanker (Holzer 2013). Deren Reduzierung bzw. Abschaffung, die auch von anderen politischen Akteuren mit marktradikaler Agenda gefordert wird, sollte nach Ansicht der NPD-Fraktion im Landtag Sachsens von einer Strukturreform begleitet sein, in deren Folge „ARD, ZDF und Deutschlandradio zu einer einzigen Rundfunkanstalt mit je einem Hauptsender im TV- und Radiobereich und verschiedenen Regionalprogrammen zusammengefaßt werden“ (tho. 2014) sollte. Das Urteil des BVerfG vom 25. März 2014, in dem eine stärkere Staatsferne bei der Besetzung der Aufsichtsgremien angemahnt wurde, fand positiven Widerhall (GFP 2014), wenn auch die entsprechend der zunehmenden gesellschaftlichen Diversität vorgenommene Veränderung in der Zusammensetzung der Gremien – so verlor in manchen Bundesländern der Bund der Vertriebenen seinen Sitz zugunsten von Vereinigungen der Muslime oder der Sinti und Roma – beklagt wurde (Diehl et al. 2014, S. 10)

### Internet

Bezüglich der Ausbreitung des Internet finden sich seitens der extremen Rechten vor allem Bewertungen, die die mit seiner Nutzung verbundenen Möglichkeiten einer ungehinderten und ausgreifenden Informations- und Meinungsverbreitung betonen und so ermöglichen, in „das Kartell der Systemmedien einzubrechen“ (Robert 2006). Klassische Internetangebote und die Nutzung des social web gehören für die allermeisten extrem rechten Strukturen entsprechend heute zum Standard. Allerdings gibt es auch Beiträge, die eine ambivalente Positionierung vornehmen. So sei es zwar möglich, „etablierte Meinungsmonopole“ aufzubrechen, das Internet mache jedoch zugleich „Menschen zu Online-Junkies mit primitiven Unterhaltungswünschen und einer gestörten Realitätswahrnehmung“ (Gansel 2008). Auch sei eine „Primitivisierung der Schriftsprache“ die Folge, da „das ruhelose Herumchatten in Internetforen und schnelle Beantwortung elektronischer Post ausformulierte, orthographisch korrekte Sätze zum Ausnahmefall werden“ (ebd.) lasse. Als Teil der „Spaßgesellschaft“ trage das Internet zur „Verblödung durch Unterhaltung und Wehrlosigkeit durch Vereinzelung“ bei und sei insgesamt aufgrund seines „Ablenkungs- und Ruhigstellungscharakter(s) herrschaftsstabilisierend“ (ebd.).

### *Medien als 'Agenturen der Dekadenz'*

Bilanziert man die Betrachtung und Bewertung medialer Strukturen, Akteure und Berichterstattung durch die extreme Rechte, so dominiert die These einer weitgehend homogenen Berichterstattung sowie insbesondere mit Blick auf die elektronischen Medien eine deutlich kulturpessimistische Perspektive, die gesellschaftlichen Niedergang, den Verlust traditioneller Werte und Erzählungen behauptet. Jugendliche, so Müller (2003, S. 45), lebten in „virtuellen Welten“, von denen sie in die „Klanghölle der Disco-Welt mit ihren Trancezuständen“ wechseln würden: „Zügellose Selbstverwirklichung, Ausleben der Triebe, materielle(r) Status und hemmungslose(r) Konsum“ hätten zuungunsten von „Disziplin, Ordnung, Opferbereitschaft, Gemeinschaftsbewußtsein“ (ebd., S. 46f.) Platz gegriffen. Kubitschek sprach angesichts der zunehmenden Nutzung von elektronischen Medien und Kommunikationsmitteln mit deutlichen Bezug auf den Zoologen Konrad Lorenz von der „Verhauenschweigung des Menschen“ (Kubitschek 2006). Bereits Jahrzehnte zuvor hatte von Studnitz über einen von „den Sendern verbreitete(n) moralische(n) Defaitismus, die Abwertung aller echten Substanzen, die Untergrabung des Pflicht- und Staatsbewußtseins, die Verhimmelung der Gewalt, die Verhöhnung von Anstand und Sitte“ (Studnitz 1977, S. 10) geklagt. Mit Blick auf die 1956 erstmals erschienene Jugendzeitschrift „Bravo“ hieß es, diese habe „die Zersetzung als überkommen empfundener Wertvorstellungen“ und die Desavouierung einer „soldatische(n) Prägung deutscher Männlichkeit“ (Kositzka 2006, S. 39) forciert.

Das Medienangebot wird von der extremen Rechten wiederkehrend mit dem Verdikt der „Lizenzpresse“ belegt und damit suggeriert, dass die mit der Neugründung von Zeitungen und Zeitschriften nach 1945 verbundene Zielsetzung der Förderung demokratischer Einstellungen ein Makel sei. Entsprechend formulierte Andreas Molau (1995, S. 9): „Alles, was wir heute auf dem Pressemarkt finden und was auch nur annähernd gesellschaftliche und politische Bedeutung für sich beanspruchen darf, ist von Gnaden der alliierten Siegermächte nach dem Krieg gegründet bzw. zugelassen worden. Man wußte sehr genau, daß die Kontrolle über die Deutschen und ihre Umerziehung durch die Medien herausragende Bedeutung hatte.“ Eine in dieser Erzählung vielfach wiederkehrende Referenz ist Caspar von Schrenck-Notzings Buch „Charakterwäsche“ (1965). Ihm zufolge sei es der US-amerikanischen Reeducation darum gegangen, den „deutschen Volkscharakter einschneidend zu ändern“, d.h. nationalistischen und völkischen Einstellungen entgegenzuwirken, Verantwortung für die von Deutschen und im Namen der Deutschen begangenen Verbrechen zu übernehmen und politische Partizipation auf demokratischer Grundlage zu fördern.

Aus Sicht der extremen Rechten ist mit dem Ende der NS-Diktatur die Pressefreiheit nicht wiederhergestellt worden (Sander 1985, S. 5); stattdessen

handelten die Medien „wie eine geistige Besatzungsmacht“ (Pöhlmann 1969), die nicht unabhängiger und pluralistischer Information und einem Verständnis als Vierte Gewalt verpflichtet seien, sondern vor allem der dauerhaften Erzeugung von Zustimmung dienten. Im Rahmen eines „Tendenzjournalismus“ werde „ignoriert oder gnadenlos niedergemacht“ (Hansen 2011, S. 44; ähnlich Gerber 2004, S. 6), was nicht in das Weltbild der Mehrheit der Journalist/innen passe. Als Teil der behaupteten „Gleichschaltung“ wird die kritische Darstellung der „nationalen Opposition“ als Auftrag der Alliierten angesehen. Zur Vorstellung, die mediale Berichterstattung ziele mit unlauteren Mitteln auf die Diskreditierung des rechten Spektrums, gehört auch die Behauptung, aus rassistischen oder antisemitischen Motiven verübte Gewalt werde maßlos übertrieben (Mehner 2002; Kriwat 2007).

Als wissenschaftliche Referenz für die als zutreffend gehaltene Vereinseitigung der öffentlichen Meinung zuungunsten einer „nationalen Opposition“ wird regelmäßig auf die Theorie der Schweigespirale verwiesen (Molau 1995; Hinz 2006; Hoffmann 2006). Diesem maßgeblich mit dem Namen Elisabeth Noelle-Neumann (1974; 1980; 1989) verbundenen Ansatz liegen die Annahmen zugrunde, dass die meisten Menschen sich sozial nicht isolieren möchten und sie sich fortlaufend eine Vorstellung davon machen, wie Meinungen in der Öffentlichkeit auftreten und wie sich deren Verteilung verändert bzw. verändern könnte. Die Bereitschaft, die eigenen Ansichten öffentlich zu artikulieren, steige, wenn die Person den Eindruck habe, dass die eigene Meinung bereits mehrheitlich geteilt werde oder sich wachsender Zustimmung erfreue. Die Minderheit schweige zunehmend aus Furcht, sich sozial zu isolieren. Dies wiederum lasse die Mehrheitsmeinung noch dominanter erscheinen, so dass ein sich verstärkender Prozess zu beobachten sei, der maßgeblich durch die in den Massenmedien sichtbaren Positionen bestimmt werde. Voraussetzung für das Eintreten einer Schweigespirale sei, dass der Gegenstand, der Thema der öffentlichen Auseinandersetzung werde, eine starke emotionale Komponente habe, so dass nicht mit der rationalen Kategorie *falsch* und *richtig*, sondern mit moralischen Wertungen wie *schlecht* bzw. *gut* operiert werde. Der Ansatz Noelle-Neumanns, die 2006 mit dem rechten „Gerhard-Löwenthal-Ehrenpreis“ ausgezeichnet wurde, ist in seiner Gesamtheit bisher nicht empirisch getestet worden. Ungeklärt ist nicht nur die Frage nach dem Beginn eines möglichen Prozesses der Schweigespirale, umstritten ist auch, ob Isolationsfurcht immer Konformität bedingen müsse, da auch andere Reaktionen (z.B. Aggressivität) denkbar sind. Zudem hängt die Kommunikationsbereitschaft stark davon ab, wie die jeweilige Kommunikationsumgebung (Familie, Arbeitsplatz, Freundeskreis, Sportverein usw.) urteilt (Noetzel 1976), ob das Individuum dem jeweiligen Thema hohe Bedeutung zumisst und dazu eine klare Meinung hat (Fuchs et al. 1992) und wie die Wahrnehmung möglicher Sanktionen in der Kommunikationssituation

erfolgt (Schulz/Rössler 2013, S. 91ff.). Schließlich wird auch angemerkt, dass der Modus des Austrags politischer und interpersonaler Konflikte je nach Gesellschaft differiert (Scheufele/Moy 2000).

Die Bezugnahme auf die Theorie der Schweigespirale ist für die extreme Rechte attraktiv, dient sie ihr doch als eine plausible Erklärung dafür, dass es eine Diskrepanz gebe zwischen einer veröffentlichten Meinung, die von einem politisch links stehenden Journalismus produziert werde, und einer tatsächlichen Bevölkerungsmeinung, die hiervon substantiell abweiche, jedoch nicht hör- und sichtbar werde. Häufig wird dabei der Bezug auf die Theorie der Schweigespirale mit einer Medienwirkungsannahme verbunden, der ein schlichtes Manipulationsverständnis zugrunde liegt. Zwar sei, so Winteracker (1993), die „endgültige Lösung dieser Frage, wie Medien den Bürger manipulieren“ schwer zu finden, aber wenn es gelänge, „manche Reizwörter mit positiven und andere mit negativen Assoziationen zu besetzen, kann man das Denken lenken. Und bei den Massenmedien geht es darum, Denken zu lenken“ (ebd., S. 53).

### *Medien kontrollieren*

Die Schlussfolgerungen, die in extrem rechten Publikationen angesichts der skizzierten Analysen und Bewertungen von Medienstruktur und Medientechnologie sowie von Medieninhalten und Medienwirkungen formuliert werden, folgen einerseits einer kulturpessimistischen Lesart, suchen andererseits jedoch nach Ansatzpunkten der Intervention, die sich nach Handlungsoptionen im privaten bzw. individuellen Bereich einerseits und im politischen Feld andererseits unterscheiden lassen. Das grundlegende Dilemma beschreibt Kubitschek dabei im Lichte einer „konservativen Kritik“ an technologischen Entwicklungen wie folgt: „Kapitulation vor dem Unvermeidlichen und eine Verlagerung des Einwirkens auf die Wenigen und auf den richtigen Umgang mit den Mitteln, die nun einmal da sind“ (Kubitschek 2006). Zum „richtigen Umgang“ mit dem Fernsehen hatte Hahn-Butry schon in den späten 1960er Jahren darauf verwiesen, dass Zuschauer/innen „mit Abscheu zur Abschalttaste gegriffen (hätten, Anm. F. V.), wenn ihnen der Dreck und die Unmoral, die in so vielen Sendungen verspritzt werden, zu bunt“ (Hahn-Butry 1967) geworden seien. Müller bezeichnete das Ziel, „jungen Menschen den völligen Verzicht auf Fernsehen und Video anzuraten“, als „falsch (und vergeblich)“ – zumal Eltern, die selbst viele Stunden mit dem Fernsehkonsum verbrächten, ihren Kindern „schwerlich die Vorzüge eines Waldlaufs näherbringen können“ (Müller 2003, S. 47). Auch Hesse sah insbesondere die Eltern in der Pflicht „vorzuleben, welchen Stellenwert das Fernsehen haben darf“ (1988, S. 10) und riet zu einer drastischen Ver-

ringerung der vor dem Fernsehgerät verbrachten Zeit, das nicht wegen der „Inhalte und Methoden“, sondern als solches gefährlich sei (ebd., S. 11).

Auf der Ebene der politischen Gestaltung haben Akteure der extremen Rechten neben der bereits erwähnten Forderung nach Abschaffung des Rundfunkbeitrags (vormals GEZ-Gebühr) unterschiedliche medienpolitische Forderungen entwickelt. Zeitweise wurde die Forderung nach einer „Besetzung der Rundfunkräte und der Spitzenpositionen in Rundfunk und Fernsehen über allgemeine, gleiche und geheime Wahlen“ (Pöhlmann 1969) vorgetragen. In vielfältiger Variation wurde die „Gewährleistung einer objektiven Berichterstattung und Schutz vor Manipulation der öffentlichen Meinung“ (ebd.) angemahnt, wobei in jüngerer Zeit auch die Indizierungspraxis der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften kritisiert wurde (Käppler 2006, S. 14). Auch die Forderungen der NPD zielen unter dem Stichwort „Demokratisierung der Massenmedien“ auf die Streichung von Vorschriften und Gesetzen, die rassistische Hetze und die Leugnung der Shoah sanktionieren (NPD-Parteivorstand 2002, S. 47). Die extrem rechte „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GfP) hatte bereits Mitte der 1980er Jahre in einer Resolution „die Verantwortlichen der Massenmedien in der Bundesrepublik Deutschland auf(gerufen), ihre Medien den zunehmend bestätigten Erkenntnissen des zeitgeschichtlichen Revisionismus zu öffnen, die bisherige Totschweigetaktik gegenüber allen Deutschland entlastenden Untersuchungen aufzugeben und sich nicht länger der Verbreitung der geschichtlichen Wahrheit hindernd in den Weg zu stellen“ (GfP 1986b).

Während man unter Verweis auf die Meinungsfreiheit größere Spielräume für eine öffentliche Artikulation derzeit strafbewehrter rassistischer und antisemitischer Positionen einfordert und sich dabei auch als eigentliche Garantin des Grundrechts auf Meinungs- und Informationsfreiheit inszeniert, gehören Forderungen nach entsprechenden Einschränkungen seit langem zum Forderungskatalog der extremen Rechten. In den späten 1960er Jahren trat die NPD für die Einrichtung „berufsständischer Kammern für alle in der Publizistik Tätigen“ (Pöhlmann 1969) ein, die „stark an die Reichskulturkammer erinnerte und im Kern auf eine Pressezensur hinauslief“ (Prasse 2010, S. 123). Auch von Studnitz forderte beispielsweise in den späten 1970er Jahren angesichts eines großen Einflusses des Fernsehens ein Gesetz, „das Rundfunk- und Fernsehsendungen, die gegen Recht und Ordnung, gegen Familie und Verteidigungsbereitschaft, gegen die Erhaltung der deutschen Nation agieren, ein Ende setzt“ (Studnitz 1977, S. 12). Wuttke trat in der NPD-Parteizeitung dafür ein, dass die „Massenmedien (...) unter staatliche Aufsicht gestellt (würden, Anm. F. V.), da sie sich als Einflußorganisationen des internationalen Kapitals erwiesen“ (Wuttke 2012, S. 10) hätten. Dieses Ansinnen ergibt sich aus einer Sichtweise auf Pressefreiheit, die diese nicht als zentralen Grundwert an sich, sondern lediglich funktional begrift: „Der wesentliche Zweck der Pressefreiheit ist die Er-

haltung eines Gemeinwesens in schöpferischer Kontinuität“ (Sander 1985, S. 3). So erweist sich die seitens der extremen Rechten vielfach vorgebrachte Forderung nach (mehr) Meinungsfreiheit als Versuch, die Sagbarkeitsräume für rassistische und antisemitische Deutungsmuster auszuweiten, während zugleich journalistische Vielfalt mit der Begründung eingeschränkt werden können soll, sie verletze – völkisch definierte – „deutsche Interessen“.

### Quellen

- Aschauer, A. 1985: Bestsellerlisten oder Die Amerikanisierung unserer Literatur. In: Nation Europa, Jg. 35 (1985), H. 11. S. 9-13
- Bayer, K. L. 1970: ›Der Spiegel‹ im Dienste der Umerziehung. In: Deutsche Nachrichten, Jg. 6 (1970), H. 3. S. 8
- Berthold, R. 2012: Die roten Pressezearen. In: Junge Freiheit, Jg. 27 (2012), H. 49. S. 9
- Berthold, R. 2013: Zwischen Nutzwert und Debatte. In: Junge Freiheit, Jg. 28 (2013), H. 3. S. 17
- Brandstetter, M. 2012: Konsequent gegen die Leser. In: Junge Freiheit, Jg. 27 (2012), H. 49. S. 21
- Brunner, F. 1977: Presse: Machtübernahme durch DGB? In: Nation Europa, Jg. 27 (1977), H. 11. S. 5-8
- Diehl, R./Reinartz, D./Lerod, S. 2014: Rot-grüner Staatsfunk. In: Zuerst!, Jg. 5 (2014), H. 7. S. 8-16
- Gansel, J. 2008: Mittel des System-Erhalts oder der System-Veränderung? In: Deutsche Stimme, Jg. 33 (2008), H. 10. S. 26
- Gerber, H. 1999: Verschweigen hat Wirkung. In: Nation & Europa, Jg. 49 (1999), H. 11-12. S. 48-50
- Gerber, H. 2004: Das Fernsehen und die Rechten: Was erlauben Strunz? In: Nation & Europa, Jg. 54 (2004), H. 11-12. S. 5-9
- GfP/Gesellschaft für freie Publizistik (1986a): Erste EntschlieÙung. In: GFP (Hrsg.): Kongress-Protokoll 1986. Berg, S. 152
- GfP/Gesellschaft für freie Publizistik (1986b): Dritte EntschlieÙung. In: GFP (Hrsg.): Kongress-Protokoll 1986, Berg, S. 152
- GfP/Gesellschaft für freie Publizistik (2014): EntschlieÙungen der GFP. In: Das Freie Forum, Jg. 54 (2014), H. 2. S. 6-7
- Hahn-Butry, J. 1967: Diktatur im Fernsehen. In: Deutsche Nachrichten, Jg. 3 (1967), H. 47. S. 3.
- Hansen, K. 2011: Ausgewogenheit – ein Frevel? In: Zuerst!, Jg. 2 (2011), H. 2. S. 44-45
- Hartmann, V. 2013: Fakten, Fakten, Focus. In: Zuerst!, Jg. 4 (2013), H. 2. S. 62
- Hartmann, V. 2014a: Das geschlossene Reich. In: Zuerst!, Jg. 5 (2014), H. 1. S. 72-74
- Hartmann, V. 2014b: Der Volksfernseher. In: Zuerst!, Jg. 5 (2014), H. 9. S. 52
- Heck, C. 1984: Die Neuen Medien als Möglichkeit und Mittel zur geistigen Wende. In: Nation Europa, Jg. 34 (1984), H. 10-11. S. 72-89
- Hesse, H. 1988: Fernsehen – der Weg zum kulturellen Selbstmord. In: Nation Europa, Jg. 38 (1988), H. 11-12. S. 7-11

- Hinz, T. 2006: Die Späherin. In: Junge Freiheit, Jg. 21 (2006), H. 49. S. 7
- Hoffmann, R. 2006: In der Schweigespirale gefangen. In: Deutsche Stimme, Jg. 31 (2006), H. 10. S. 20
- Holzer, M. 2013: Schluß mit der Abzockel! In: Deutsche Stimme, Jg. 38 (2013), H. 4. S. 12
- Horst, W. 1999: Der Pressekodex und die Wahrheit der Lüge. In: Deutschland in Geschichte und Gegenwart, Jg. 47 (1999), H. 1. S. 11-12
- Jäde, H. 1970: Die Verfassung und das Fernsehmonopol. In: Deutsche Nachrichten, Jg. 6 (1970), H. 19. S. 3
- Käppler, L. 2006: Die Usurpatoren der Demokratie. In: Volk in Bewegung, Jg. 7 (2006), H. 2. S. 14-15
- Kather, L. 1970: Unredlicher Journalismus in Deutschlands Schicksalsfrage. In: Deutsche Nachrichten, Jg. 6 (1970), H. 23. S. 5
- Kositza, E. 2006: Nichts mehr zu verlieren, das aber lustvoll: Fünfzig Jahre BRAVO. In: Sezession, Jg. 4 (2006), H. 15. S. 38-39
- Kriwat, K. 2007: Mügeln-Hysterie: Wie Medienhetze funktioniert. In: National-Zeitung, Jg. 57 (2007), H. 37. S. 4
- Kubitschek, G. 2006: Die Diktatur der Aktualität. In: Junge Freiheit, Jg. 21 (2006), H. 5. S. 1
- Lorenz, K. 1940: Durch Domestikation verursachte Störungen arteigenen Verhaltens. In: Zeitschrift für angewandte Psychologie und Charakterkunde, Jg. 59 (1940), H. 1-2. S. 2-81
- Mehnert, T. 2002: Schweine-Journalismus? – Wenn Medien hetzen, türken und linken. München
- Michels, E. 2008: Geschichtspolitik im Fernsehen. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 56 (3), S. 467-494
- Molau, A. 1995: Droht eine neue Zensur? In: Nation & Europa, Jg. 45 (1995), H. 6. S. 9-13
- Müller, M. 2003: Medienkinder. In: Nation & Europa, Jg. 53 (2003), H. 7-8. S. 45
- Muller, J. 1970: Die Arroganz der Pressemonopolisten. In: Deutsche Nachrichten, Jg. 6 (1970), H. 21. S. 8
- NPD-KV (NPD-Kreisverband Neu-Ulm) 2009): 150 Argumente im Politischen Kampf – Band 2. Neu-Ulm
- NPD-Parteivorstand 2002: Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland. Berlin.
- o.V. 1969: NPD gegen Gebührenerhöhung. In: Deutsche Nachrichten, Jg. 5 (1969), H. 27. S. 12
- o.V. 1970: Die rundfunkpolitische Lage. In: Deutsche Nachrichten, Jg. 6 (1970), H. 15. S. 12
- o.V. 2006a: Die Freiheit geht unter in Deutschland. In: Euro-Kurier, Jg. 12 (2006), H. 1. S. 1
- o.V. 2006b: Leitlinien ›Feindpresse‹. In: Volk in Bewegung, Jg. 7 (2006), H. 2. S. 19
- o.V. 2008: Teilnahme an der Leipziger Buchmesse. In: Euro-Kurier, Jg. 14 (2008), H. 3. S. 3
- Pöhlmann, S. 1969: Schach dem linken Meinungsmonopol. In: Deutsche Nachrichten, Jg. 5 (1969), H. 39. S. 3.
- Richter, K. 2007: Bravo, Eva Herman! In: Deutsche Stimme, Jg. 32 (2007), H. 10. S. 6
- Robert, F. 2006: Schweigemauer durchbrechen. In: Deutsche Stimme, Jg. 31 (2006), H. 8. S. 1
- Rosen, P. 2012: Abschied von der Lizenz. In: Junge Freiheit, Jg. 27 (2012), H. 49. S. 1
- Ross, W. 1967: Demokratisierung der Studios. In: Deutsche Nachrichten, Jg. 3 (1967), H. 39. S. 5



- Sander, H.-D. 1985: Presse und Politik. In: Deutsche Monatshefte, Jg. 4 (1985), H. 9. S. 3-6
- Schönhuber, F. 2006: Die Volksverdummer. Persönliche Erfahrungen mit deutschen Medienleuten. Coburg
- Schrenk-Notzing, C.von 1965: Charakterwäsche: Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen. Stuttgart
- Sendbühler, K.-H. 1983: Die Lizenzpresse. In: NHB-Report Nr. 15. S. 54-57
- Sendbühler, K.-H. 1984: Lemke, Loch und Holocaust. Die Medienmafia. In: NHB-Report Nr. 16. S. 66-67
- Stein, D. 2012: Die Zukunft des Journalismus. In: Junge Freiheit, Jg. 27 (2012), H. 50. S. 1
- Stein, P. 2013: Konservative Presse im Überblick. In: Die Aula, Jg. 63 (2013), H. 1. S. 32-33
- Studnitz, H.G. von 1977: Rundfunk und Fernsehen: wann kommt die Neuordnung? In: Nation Europa, Jg. 27 (1977), H. 11. S. 9-12
- Thaler, T. 2006: Ich habe begriffen. In: Junge Freiheit, Jg. 21 (2006), H. 12. S. 20
- tho. 2014: GEZ endlich abschaffen! In: Deutsche Stimme, Jg. 39 (2014), H. 2. S. 6
- Wetzel, B. 2006: Hain Sabans genialer Deal. In: National-Zeitung, Jg. 56 (2006), H. 48. S. 5
- Winteracker, D. 1993: Medien und Bürger – ein gestörtes Verhältnis. In: Nation & Europa, Jg. 43 (1993), H. 7-8. S. 53-55
- Wuttke, R. 2006: Die totale Manipulation. In: Volk in Bewegung, Jg. 7 (2006), H. 2. S. 4-6
- Wuttke, R. 2012: Die Gretchenfrage. In: Deutsche Stimme, Jg. 37 (2012), H. 4. S. 9-10
- Zeller, B. 1977: Buchmarkt: Was heißt ‚Tendenzwende‘? In: Nation Europa, Jg. 27 (1977), H. 11. S. 23-26

### Literatur

- Bartelt-Kircher, G./Bohrmann, H./Haas, H./Jarren, O./Pöttker, H./Weischenberg, S. 2010: Krise der Printmedien. Eine Krise des Journalismus? Berlin/New York
- Brüdigam, H. 1965: Der Schoß ist fruchtbar noch...: neonazistische, militaristische, nationalistische Literatur und Publizistik in der Bundesrepublik. Frankfurt/M.
- Cohn, N. 1998: ‚Die Protokolle der Weisen von Zion‘. Der Mythos der jüdischen Weltverschwörung. Baden-Baden
- Döring-Manteuffel, A. 1999: Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert. Göttingen
- Dussel, K. 2000: Vom Radio- zum Fernsehzeitalter. Medienumbrüche in sozialgeschichtlicher Perspektive. In: Schildt, A./Siegfried, D. (Hg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften. Hamburg, S. 673-694
- Fuchs, D./Gerhards, J./Neidhardt, F. 1992: Öffentliche Kommunikationsbereitschaft. In: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 21 (1992), H. 4, S. 284-295
- Geisler, M. E. 2003: Nazis into democrats? The Internationale Frühschoppen and the case of Werner Höfer. In: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte, Bd. 31 (2003), S. 231-252
- Graumann, C. F. 1995: Intentionalität. Zwischen Rezeption und Konstruktion. In: Fischer, H.R. (Hg.): Die Wirklichkeit des Konstruktivismus. Heidelberg, S. 161-175

- Hickethier, K. 1998: Geschichte des deutschen Fernsehens. Stuttgart
- Horn, E./Hagemeister, M. 2012: Die Fiktion von der jüdischen Weltverschwörung. Göttingen
- Jansen, J. 2015: Journalisten im Visier. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 05. Februar 2015.
- Jaschke, H.-G. 1994: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit: Begriffe, Positionen, Praxisfelder. Opladen
- Jenke, M. 1961: Verschwörung von rechts? Berlin
- Kalikow, T.J. 1980: Die ethologische Theorie von Konrad Lorenz: Erklärung und Ideologie, 1938 bis 1943. In: Mehrtens, H./Richter, S. (Hg.): Naturwissenschaft, Technik und NS-Ideologie. Frankfurt/M., S. 189-214
- Köhler, O. 1995: Unheimliche Publizisten. Die verdrängte Vergangenheit der Medienmacher. München
- Köpf, P. 1995: Schreiben nach jeder Richtung. Goebbels-Propagandisten in der westdeutschen Nachkriegspresse. Berlin
- Lambart, F. (Hg.) 1988: Tod eines Pianisten. Karlrobert Kreiten und der Fall Werner Höfer. Berlin
- Lerner, R. M. 1992: Final Solutions: Biology, Prejudice, and Genocide. University Park
- Liedtke, R. 1982: Die verschenkte Presse. Die Geschichte der Lizenzierung von Zeitungen nach 1945. Berlin
- Liepelt, K. 1967: Anhänger der neuen Rechtspartei. In: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 8 (1967), H. 2. S. 237-271
- Maletzke, G. 1978: Psychologie der Massenkommunikation. Theorie und Systematik. Hamburg
- Mannmann, A. (Hg.) 1979: Hitlerwelle und historische Fakten. Königstein/Ts.
- Mast, C./Spachmann, K. 2003: Krise der Zeitungen: Wohin steuert der Journalismus? Stuttgart
- Meding, H. M. 1997: „Der Weg“. Eine deutsche Emigrantenzeitschrift in Buenos Aires, 1947-1957. Berlin
- Noelle-Neumann, E. 1974: Die Schweigespirale: Über die Entstehung der öffentlichen Meinung. In: Forstthoff, E. (Hg.): Standorte im Zeitstrom. Frankfurt/M., S. 299-330
- Noelle-Neumann, E. 1980: Die Schweigespirale: öffentliche Meinung – unsere soziale Haut. München
- Noelle-Neumann, E. 1988: Die befragte Nation. In: Willms, B. (Hg.): Handbuch der deutschen Nation. Tübingen, S. 241-272
- Noelle-Neumann, E. 1989: Öffentliche Meinung: Die Entdeckung der Schweigespirale. Frankfurt/M.
- Noetzel, D. 1978: Über einige Bedingungen des Erwerbs politisch-ideologischer Deutungsmuster. Kritische Anmerkungen zur Theorie der Schweigespirale. In: Oberndörfer, D. (Hg.): Wählerverhalten in der Bundesrepublik Deutschland. Studien zu ausgewählten Problemen der Wahlforschung aus Anlaß der Bundestagswahl 1976. Berlin, S. 215-263
- Prasse, J.-O. 2010: Der kurze Höhenflug der NPD. Rechtsextreme Wählerfolge der 1960er Jahre. Marburg
- Sammons, J. L. 1998: Die Protokolle der Weisen von Zion: Die Grundlage des modernen Antisemitismus. Eine Fälschung. Göttingen

- Scheufele, D. A./Moy, P. 2000: 25 Years of the Spiral of Silence: A Conceptual Review and Empirical Outlook. In: International Journal of Public Opinion Research, Jg. 12 (2000), H. 1. S. 3-28
- Schulz, A./Rössler, P. 2013: Schweigespirale online: Die Theorie der öffentlichen Meinung und das Internet. Baden-Baden
- Speit, A. 2007: Angriff auf die Medienvertreter. In: die tageszeitung vom 23. Januar 2007.
- Tolsdorff, T. 2014: Von der Stern-Schnuppe zum Fix-Stern. Zwei deutsche Illustrierte und ihre gemeinsame Geschichte vor und nach 1945. Köln
- Zentner, K. 1964: Illustrierte Geschichte des Zweiten Weltkrieges. München
- Zentner, K. 1965: Illustrierte Geschichte des Dritten Reiches. München